



Gemeinsame Medienmitteilung der BDP Basel-Stadt und Basel-Landschaft

BDP beider Basel sehen in den Sparplänen des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft wichtige gemeinsame Institutionen gefährdet.

Die BDP Basel-Stadt sowie die BDP Basel-Landschaft haben mit Erstaunen die Sparpläne des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft zur Kenntnis genommen. Einsparung von 25. Mio. bei der gemeinsamen Universitätsträgerschaft, sowie Streichungen von 15,4. Mio. Subventionen für das U-Abo sind für die BDP Basel-Stadt und Basel-Landschaft inakzeptabel. Durch die Streichung der Subventionen für das U-Abo werden nicht nur bikantonale, sondern sogar mehrkantonale Errungenschaften (TNW) unbegründet angegriffen. Diese Kürzungen betreffen besonders die Jungen, welche auf den Öffentlichen Verkehr angewiesen sind. Die BDP Basel-Landschaft begrüsst jedoch grundsätzlich die Sparbemühungen des Regierungsrates aber nicht in den vorgeschlagenen Budgetposten.

Die Universität Basel ist für die beiden Kantone und für die Wirtschaftsregion Basel eine wichtige Ausbildungsstätte für zukünftige Fachleute. Aktuell sind 21% der Studierenden der Universität Basel aus dem Kanton Basel-Landschaft und 17% aus dem Kanton Basel-Stadt. Für die BDP beider Basel ist es inakzeptabel, bei der gemeinsamen Universität zu sparen. Nach der Meinung der BDP Basel-Stadt und Basel-Landschaft wird hier am falschen Ort gespart.

Des Weiteren sind die BDP beider Basel der Ansicht, dass mit einer Streichung der Subventionen für das U-Abo die Regierung und der Kanton Basel-Landschaft ein Erfolgsgeschichte belastet und auch in diesem Bereich die Zusammenarbeit nicht nur mit den Kanton Basel-Stadt sondern der ganzen Nordwestschweizer Kantone belastet. Die BDP beider Basel ist der Ansicht, dass die einseitige Streichung der Subventionen vom Kanton Baselland zu einem spürbaren Umsteigeeffekt vom öffentlichen Verkehr auf den motorisierten Individualverkehr führen wird. Dadurch wird die schon heute angespannte Verkehrslage in den beiden Basel weiter verschlimmert.

Nach Ansicht der BDP beider Basel wird damit eine weitere wichtige Rahmenbedingung für die Wirtschaft in Zeiten von Einkaufstourismus und Starkem Franken geschwächt und verschlimmert. Dies ist für die BDP Basel-Stadt und Basel-Landschaft inakzeptabel.

Mit einer solchen Haltung von Baselland müssten alle Staatsverträge nach Ansicht der BDP beider Basel überdenkt werden. Auch der Kanton Basel-Stadt hat dieses Jahr selbst ein Entlastungspaket verabschiedet, jedoch nie die gemeinsamen Trägerschaften belastet. An diesem Beispiel sollte sich der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft ein Vorbild nehmen und im Sinne einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Kantone ein neues Sparprogramm vorstellen.

Mit den vom Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft vorgestellten Sparplänen wird die Zukunft der gemeinsamen Institutionen in Frage gestellt und ist nach Ansicht der BDP beider Basel ein Tiefpunkt in der partnerschaftlichen Zusammenarbeiten der beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft.

Mit Erstaunen haben die BDP beider Basel ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass in den Direktionen BUD und VGD, d.h. in den Bereichen Strassenplanung/Strassenbau und Gebäudeplanung/Gebäudebau sowie Gesundheit, den Direktionen mit den höchsten Budgetüberschreitungen, keine nennenswerten Kürzungen geplant sind. Die BDP beider Basel fordern deshalb neben der gemeinsamen Spitalpolitik ebenfalls eine gemeinsame Verkehrspolitik. Es ist dringend notwendig, bei den akuten Problemen Synergien zu finden, effizienter zu werden und Kosten zu reduzieren.

Auskunft:

Marc Bürgi, Vizepräsident BDP Basel-Landschaft, 079 750 67 62

Michel Schielly, Vizepräsident BDP Basel-Stadt, 079 533 84 26

Basel, 08.07.2015